Indienstnahme Polizeihubschrauber H145 am 18.05. - Chris Schulenburg, Tobias Krull und Holger Stahlknecht

Fraktionsvorsitzendenkonferenz (FVK) in München vom 22. - 24.05.2017

AG Recht, Verfassung und Gleichstellung im estnischen Parlament in Tallin am 31.05.2017

Ausgabe 2/2017

EINBLICK

DAS INFOBLATT DER CDU-FRAKTION IM LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

Wolfskonferenz: Pro Regulierung Wolf

„Blickwinkel Wolf“
Siegfried Borgwardt und Detlef Gürth auf dem Podium

Die CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt ludt am 25.04. zu ihrer Veranstaltung Blickwinkel Wolf „Märchen oder Wahrheit – Ist der Wolf eine Bedrohung?“ in den Katharinensaal nach Wolmirstedt ein. Mit dem renommierten Wolfsexperten Prof. Dr. Michael Stubbe, dem Umweltstaatssekretär Klaus Rehda, dem Vorsitzenden des Waldbesitzerverbandes Franz Prinz zu Salm-Salm, dem Vorsitzenden des Landesjagdverbandes Dr. Hans-Heinrich Jordan und Olaf Feuerborn, dem Vorsitzenden des Bauernverbandes, war das Podium hochrangig besetzt.Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion **Siegfried Borgwardt** wurde die Veranstaltung durch **Detlef Gürth**, Mitglied der CDU-Landtagsfraktion, moderiert.

In der sachlich verlaufenen Diskussion gab es eine eindeutige Feststellung von Prof. Dr. Stubbe, der aus wissenschaftlicher Sicht die bereits vorhandene Wolfspopulation in unserem Land als nicht gefährdet ansieht. Mit Blick auf Staatssekretär Rehda und das von ihm vertretene Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie mahnt er an, regulierend in die bereits vorhandenen Wolfsbestände einzugreifen, um eine weitere zügellose Ausbreitung zu verhindern. Die weiteren Podiumsteilnehmer teilten diese Auffassung und belegten mit ihren Wortbeiträgen den dringenden Handlungsbedarf. In der sich anschließenden Fragerunde trugen interessierte Gäste aus der Jägerschaft, der Landwirtschaft und der Kommunalpolitik Beispiele vor, an denen anschaulich dokumentiert wurde, dass im Umgang mit dem Wolf ein Umdenken der politisch Verantwortlichen erfolgen muss.

Dazu erklärt Siegfried Borgwardt: „Die CDU-Fraktion hat diese Konferenz initiiert, da dieses Thema den Menschen insbesondere im ländlichen Bereich, ‚auf den Nägeln brennt‘. Als CDU-Landtagsfraktion haben wir den Anspruch, die Diskussion zu versachlichen, die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger dabei ernst zu nehmen und gleichzeitig das Thema wissenschaftlich zu begleiten, um mögliche Lösungsstrategien zu erarbeiten.“

Detlef Gürth ergänzt: „Als Fazit unserer Veranstaltung können erste Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, die eine politische Befassung auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene erfordern.“

Für fairen Wettbewerb im Speditionsgewerbe

Ulrich Thomas
Wirtschaftspolitischer Sprecher

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt, **Ulrich Thomas**, warnte in der Juni-Landtagsdebatte um den von der CDU-Fraktion initiierten Koalitionsantrag „AdBlue-Betrug verhindern – für fairen Wettbewerb im Speditionsgewerbe“ vor erheblichen Wettbewerbsverzerrungen durch einen groß angelegten AdBlue-Betrug. Die CDU- Fraktion habe daher eine Bundesratsinitiative der Länder mit dem Ziel verstärkter Überprüfungen und harter Sanktionen angeregt. „Es ist schon verwunderlich, dass sich Behörden und Umweltorganisationen intensiv mit den Manipulationen im VW-Konzern befassen, aber diesen weitaus größeren Umweltskandal einfach stillschweigend hinnehmen“, so Thomas.

AdBlue ist ein Harnstoffgemisch, welches zusätzlich zum Rußpartikelfilter den Stickoxidausstoß (NOx) reduziere. Nach Medienberichten komme es immer häufiger zu Manipulationen der Abgassysteme bei modernen Euro 5 und Euro 6 Fahrzeugen. Diese seien besonders bei ost- und südosteuropäischen LKW verbreitet. Das zuständige Bundesamt für Güterverkehr (BAG) kontrolliere bisher nur die technischen Einrichtungen der LKW, jedoch nicht die speziellen Abgassysteme. Die Schäden für Umwelt und Steuerzahler sind immens. „Wir halten die Betrügereien für skandalös. Das deutsche Speditionsgewerbe steht durch billige osteuropäische LKW unter erheblichem Wettbewerbsdruck. Mit den kriminellen Manipulationen verschaffen sich diese Spediteure einen ungerechtfertigten Vorteil, der zu Lasten deutscher Arbeitsplätze geht“, so Thomas. Dieser bezeichnet es angesichts der Schäden für nicht akzeptabel, dass die zuständige Behörde BAG jene Betrügereien nicht durch sofortige Stilllegungen von Fahrzeugen und empfindliche Strafen für Fahrer und Halter ahndet.

CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Herausgeber:
CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6 - 9, 39104 Magdeburg
Vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden
Siegfried Borgwardt MdL

V.i.S.d.P:
Sven Rautmann, Fraktionsgeschäftsführer
Sandra Hietel, Pressesprecherin

Stand: *Juni 2017*

Fotonachweis (allg.):
©CDU-Pressestelle / Portraitbilder: Rayk Weber

Druck: Max Schlutius Magdeburg GmbH & Co. KG, Halberstädter Straße 37, 39112 Magdeburg

Ein Überblick der Neuerungen im Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz

Chris Schulenburg
Innenpolitischer Sprecher

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Brandschutz ist ein wichtiges und emotionales Thema, da sich viele Menschen in diesem Ehrenamt organisieren. Regelmäßig setzen sie dabei freiwillig ihr Leben für andere ein. Ihr Beitrag ist unverzichtbar für das Funktionieren unseres Gemeinwesens. Die Kommunen haben die Aufgabe, den Brandschutz und die Hilfeleistung sicherzustellen. Voraussetzung dafür ist eine leistungsfähige gut aufgestellte Feuerwehr. Die CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt will ein leistungsstarkes, modernes und an den wesentlichen Bedürfnissen des Brand- und Katastrophenschutzes ausgerichtetes Hilfeleistungssystem, welches wir durch das im Landtag am 20. Juni 2017 beschlossene Gesetz zur Änderung des Brandschutzgesetzes, weiter sicherstellen.

<u>Einige Schwerpunkte der vorgenommenen Änderungen sind</u>:

- Die Altersgrenze für Mitglieder in der Freiwilligen Feuerwehr wurde auf 67 Jahre angehoben, sodass die Kameradinnen und Kameraden auf freiwilliger Basis ihren Dienst verlängern können. Die Anhebung der Altersgrenze entspricht der Lebensrealität und dem demografischen Wandel der Gesellschaft.
- Die Einnahmen des Landes aus der Feuerschutzsteuer werden jährlich (mindestens drei Millionen Euro) an die Gemeinden und Landkreise weiter gereicht. Wir stärken die kommunale Selbstverwaltung, indem wir dafür sorgen, dass mehr Geld vor Ort zur Verfügung steht.
- Es werden darüber hinaus die rechtlichen Möglichkeiten für die Gemeinden geschaffen, den Unfallschutz von Angehörigen von Feuerwehren zu verbessern.
- Wir ermöglichen den Kommunen, Mitglieder der Feuerwehren bevorzugt einzustellen. Ehrenamtliches Engagement wird dadurch attraktiver.
- Die Feuerwehrschule mit dem zentralen Standort in Heyrothsberge ist von immenser Bedeutung für die Ausbildung der Feuerwehrleute in Sachsen-Anhalt. Wir halten am Institut der Feuerwehr (IdF) am Standort Heyrothsberge fest.
- Kinder- wie Jugendfeuerwehr sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Mitgliedergewinnung. Auf unsere Initiative hin, können nun auch Kinder unter sechs Jahren in die Kinderfeuerwehr aufgenommen werden, wenn der erforderliche Entwicklungsstand für die Belange der Feuerwehr vorhanden ist.
- Die Kinderfeuerwehr wird eine eigenständige Abteilung durch die Aufnahme in das Gesetz zur Struktur der Feuerwehr.
- Die Jugendfeuerwehrwarte werden fortan Mitglied der Leitung der Freiwilligen Feuerwehr. Das beschreibt den Status des Jugendfeuerwehrwartes in der Freiwilligen Feuerwehr und führt zu mehr Akzeptanz und Anerkennung.

<u>Zusammenfassend lässt sich feststellen:</u>

Das neue Brandschutzgesetz ist mit und für die Feuerwehr in unserem Land weiterentwickelt worden.

Mit dem neuen Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz stärken wir das Ehrenamt, sichern die Einsatzdienststärken und statten die Feuerwehren in unserem Land bestmöglich aus.

Anhörung der Kreisbrandmeister im Rahmen der Arbeitsgruppensitzung „Inneres und Sport“ am 14.03.2017

AG Landesentwicklung und Verkehr im Landesmuseum für Vorgeschichte am 25.04.2017

Daniel Sturm mit der 8. Klasse der „Alexander von Humboldt Schule" aus Naumburg am 02.05.2017

Empfang einer ukrainischen Delegation zum Erfahrungsaustausch am 10.05.2017 mit Daniel Szarata

AG Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien im Verteidigungsministerium Montenegros am 10.05.2017

Auswärtige Sitzung der AG Bildung und Kultur in Halle am 15.05.2017

Besuch der Kita „FriedensReich" durch Tobias Krull und Siegfried Borgwardt anlässlich des Tages der Kinderbetreuung am 15.05.2017

Keine Verschärfung des Waffenrechts

Markus Kurze
Parlamentarischer Geschäftsführer

Die Zahl der scharfen Waffen in legalem Privatbesitz steigt stetig. Hinzu kommen tausende Schreckschusspistolen und sogenannte Anscheinswaffen sowie unzählige illegale Gegenstände vom Schwarzmarkt. Mit der Zahl der Waffenbesitzer in Sachsen-Anhalt stiegen auch die Einsätze des SEK von 88 im Jahr 2009 auf 131 im vergangenen Jahr. Haben die Menschen in unserem Bundesland tatsächlich ein gesteigertes Bedürfnis nach Sicherheit? In der Aktuellen Debatte des Mai-Plenums „Sachsen-Anhalt sicher machen. Ohne Waffen!" haben wir deutlich zum Audruck gebracht, dass für uns die Sicherheit der Menschen im Vordergrund steht, ohne dabei die Waffenbeseitzer unter Generalverdacht zu stellen.

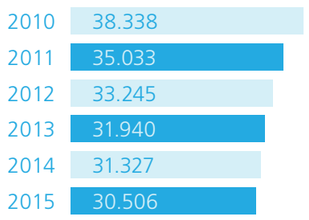
Klar ist: Jeder Einzelfall, in dem etwas passiert, ist schlimm, und fordert Konsequenzen. Fakt ist aber auch, dass laut Berichtsjahr 2015 des „Bundeslagebildes Waffenkriminalität" die Zahl der Straftaten mit Schusswaffengebrauch seit 2009 rückläufig ist. Im Vergleich zu 2010 ist 2015 sogar ein 26-prozentiger Rückgang der Straftaten zu verzeichnen.

Das deutsche Waffenrecht ist im internationalen Vergleich eines der strengsten überhaupt. Die strengen Regeln sorgen dafür, dass das Führen und Besitzen von Waffen nur mittels Waffen- oder Jagdschein zulässig ist. Sportschützen und Jäger dürfen daher aus unserer Sicht nicht ständig kriminalisiert und diffamiert werden – schon gar nicht, da der Schießsport, die Jagd oder das Waffensammeln als bürgerliche Freiheiten zur Tradition unseres Landes gehören. Im Rahmen der Bedürfniserteilung ist bereits die Sachkunde, Zuverlässigkeit und ein polizeiliches Führungszeugnis nachzuweisen.

Der illegale Schusswaffenbesitz hingegen ist ein nicht zu verachtendes Problem. Er stellt eine abstrakte Gefahr für unser Leben, die Gesundheit und die öffentliche Sicherheit dar. Aus diesem Grund muss es das Ziel sein, den illegalen Waffenhandel und den Erwerb zu unterbinden. Besonders das Internet mit seinen Möglichkeiten muss als neuer Markt gesehen werden. Die dort bestehenden Wege müssen verstanden werden und sind mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu bekämpfen.

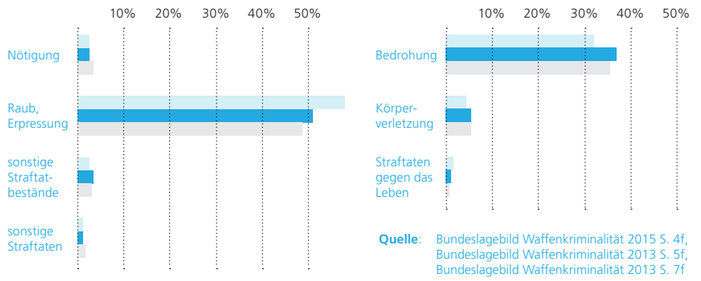
Hinsichtlich der Reduzierung illegalen Waffenbesitzes müssen die zuständigen Institutionen alle rechtlichen Möglichkeiten konsequent nutzen und durchsetzen. Verbotsdebatten helfen nicht weiter. Somit wird die CDU auch künftig vehement gegen illegalen Waffenhandel vorgehen – eine Verschärfung des Waffenrechts wird es jedoch mit der CDU nicht geben!

Verstöße gegen das Waffen- und Kriegswaffengesetz



Quelle: Bundeslagebild Waffenkriminalität 2015 S. 3, Bundeslagebild Waffenkriminalität 2013 S. 5

Verteilung der Straftaten („mit Schusswaffe gedroht") auf die Deliktsbereiche 2011 , 2013 und 2015



Quelle: Bundeslagebild Waffenkriminalität 2015 S. 4f, Bundeslagebild Waffenkriminalität 2013 S. 5f, Bundeslagebild Waffenkriminalität 2013 S. 7f

Mehr Demokratie in Sachsen-Anhalt wagen

Obmann Daniel Szarata, Tobias Krull, Dietmar Krause und Vorsitzender Andreas Schumann

Die CDU-Fraktion ist davon überzeugt, dass eine demokratische Staatsform am besten der gleichen Würde aller Menschen entspricht. Demokratie ist aber keine Selbstverständlichkeit. Die Koalitionsfraktionen haben sich daher auf eine aktive Arbeit in der durch den Landtag eingesetzten Enquete-Kommission „Stärkung der Demokratie auf Landes und auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt" verständigt. Mit Hilfe einer systematischen Bestandsaufnahme und einer wissenschaftlich angeleiteten Analyse wird die Enquete-Kommission Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der Demokratie in Sachsen-Anhalt erarbeiten.

Dabei setzen die Koalitionsfraktionen vor allem auf eine Vitalisierung der Demokratie. Eine demokratische Kultur muss im gesellschaftlichen Alltag gelebt und gelernt werden. Sie braucht eine starke demokratische Zivilgesellschaft. Aus diesem Grunde umfasst der Prüfauftrag der Enquete-Kommission unter anderem die Befassung mit der Novellierung des Kommunalverfassungsgesetzes unter Einbeziehung des Meinungsbildes der Bürgerinnen und Bürger sowie der kommunalen Spitzenverbände. Es sollen Empfehlungen erarbeitet werden, um die Partizipationsmöglichkeiten der Menschen auf der Landes- und Kommunalebene zu verbessern. Dabei sind neue Formen der direkten Demokratie zu diskutieren, um mehr Akzeptanz für politische Entscheidungen zu erreichen.

Politik wird nicht zuletzt daran gemessen, wie sie selbst erlebt wird. Keine Bildungsmaßnahme kann das erreichen, was transparente Politik und ein fairer Umgang mit politisch Andersdenkenden bewirken kann. Wir sehen es daher auch als zusätzliche Aufgabe an, das eigene Reden und Handeln selbstkritisch auf das Interesse der Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf politische Mitwirkung zu reflektieren. Auch ist zu hinterfragen, ob das praktizierte Handeln von Behörden, öffentlichen Einrichtungen und der Kommunen verändert werden muss, wenn Bürgerinnen und Bürger neues Vertrauen in das Funktionieren von Demokratie und die Problemlösungskompetenz demokratischer Institutionen und Akteure fassen sollen.

27 Jahre nach der friedlichen Revolution spüren wir in unserem Bundesland Fragen nach der Funktionsfähigkeit unserer Demokratie. Es ist an der Zeit, von Seiten der Politik Wege aufzuzeigen, die das demokratische Zusammenleben in Sachsen-Anhalt stärken und verbessern.

Die Enquete-Kommission hat ihre Arbeit mit Wirkung vom 1. März 2017 aufgenommen. Sie wird ihren Bericht spätestens am 1. Dezember 2017 an die Landtagspräsidentin übergeben. Eine Aussprache zum Bericht wird im Rahmen der nachstehenden Landtagssitzung erfolgen.

Unsere neuen Abgeordneten in der 7. Wahlperiode

Daniel Szarata
Obmann der Enquete-Kommission

Daniel Szarata (Jahrgang 1982) ist gebürtiger Halberstädter und hat Europäisches Verwaltungsmanagement an der HS Harz studiert. Er ist verheiratet, hat eine Tochter und gehört dem Landtag in dieser Wahlperiode erstmalig an. Bei der Wahl im letzten Jahr errang er das Direktmandat im Wahlkreis Halberstadt.

Bereits seit 1998 ist er politisch in der JU und CDU aktiv und zog 2004 in den Halberstädter Stadtrat ein. Szarata vertritt die Landtagsfraktion im Finanzausschuss, im Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr und ist darüber hinaus Obmann in der Enquete-Kommission „Stärkung der Demokratie".

Neben seinen Funktionen in der CDU besteht sein Hauptanliegen darin, das Image und die Attraktivität seiner Heimatregion zu verbessern. Ein Beispiel dafür ist das von der CDU Halberstadt organisierte, beliebte Sommerkino auf dem Domplatz in Halberstadt, welches großen Zuspruch in der Bevölkerung findet.

Mehr Infos unter https://de-de.facebook.com/szarata/